

Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 17. Juni 2015

TOP 37, Bericht zur Entwicklung der Oberstufen an Gemeinschaftsschulen (Drs. 18/2806neu)

Kai Vogel:

Die Durchlässigkeit unseres Schulsystems fördern

Über diese Rede freue ich mich, denn die Einrichtung zusätzlicher Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ist ein Erfolg: 16 neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ermöglichen ca. 800 Jugendlichen mehr, das Abitur an ihrer Stammschule zu erlangen – dank der rot-grün-blauen Koalition.

Damit haben wir dem berechtigten Anspruch der Menschen Rechnung getragen, dass jeder Schulabschluss einschließlich des Abiturs ohne unzumutbaren Reiseaufwand für jeden jungen Menschen erreichbar sein soll. Und wir haben eine Konsequenz aus den internationalen Vergleichsstudien gezogen, die uns gezeigt haben, dass in Deutschland und besonders in Schleswig-Holstein zu wenige Schülerinnen und Schüler zur Hochschulreife geführt werden.

Wir schaffen damit eine Bildungsgerechtigkeit, die es deutlich mehr Jugendlichen ermöglicht, die Fachhochschulreife oder das Abitur zu erlangen.

Die Kolleginnen der Opposition, die gleich nach mir reden, werden uns vermutlich beschimpfen, wir würden Ressourcen durch zu kleine Oberstufen vergeuden. Damit kann ich sehr gut leben, denn Sie finden mit dieser Kritik weder Gehör bei den Wählerinnen und Wählern, noch bei den eigenen Leuten.

Erst gestern habe mit Gemeindevertretern aus Rellingen gesprochen. Dort gibt es – zu meinem Bedauern – eine absolute Mehrheit der CDU. Der Gemeinderat hat aber – trotz dieser Mehrheit

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

– den einstimmigen Beschluss gefasst, dass die Gemeinschaftsschule eine Oberstufe erhalten soll. Ich bin gespannt, wie die CDU und FDP hier im Landtag vor Ort den eigenen Leuten die vollkommen anderen Positionen erklären wollen.

Wir haben bei jeder Gelegenheit betont, dass die Frage, ob eine Gemeinschaftsschule eine eigene Oberstufe einrichtet oder ob ihre Schüler nach dem 10. Jahrgang auf ein in der Nähe gelegenes Gymnasium oder auch auf eine andere Gemeinschaftsschule mit Oberstufe wechseln sollen, nicht nur danach entschieden werden kann, ob an der Schule selbst der Wunsch nach einer solchen Oberstufe vorhanden ist. Das wichtigste Entscheidungskriterium ist vielmehr die regionale Schulentwicklungsplanung. Das heißt, dass die Möglichkeit zur Einrichtung einer neuen Oberstufe gegeben ist, wenn diese neue Oberstufe dauerhaft von mindestens 50 Schülerinnen und Schülern besucht wird.

Es gibt deutlich mehr Wünsche nach der Einrichtung einer Oberstufe an Gemeinschaftsschulen, als genehmigt werden können. Mit den 16, die in der laufenden Legislaturperiode genehmigt worden sind, haben wir jetzt 41. Ob noch weitere dazu kommen, ist heute noch nicht absehbar.

Wir sagen aber auch, dass es bei den drei Wegen zum Abitur nicht einen besten, einen zweitbesten und einen schlechtesten Weg gibt. Wenn alle drei Wege zum selben Ziel führen sollen, müssen sie durchlässig sein.

Es ist mir daher sehr wichtig, dass Frau Ernst auf die Unterstützungsinstrumente für Gemeinschaftsschulen hingewiesen hat, die jetzt Oberstufen aufbauen. Bereits jetzt gibt es über 90 Kooperationen zwischen Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit beruflichen Schulen, mit Gymnasien oder mit Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe. Das fördert die Durchlässigkeit unseres Schulsystems und das ist eine gute Sache.

Alle Gemeinschaftsschulen mit einer neuen Oberstufe haben eine Schule als Tandempartner an ihrer Seite. Ähnlich wie bei den Schulpaten tauschen sich die beiden Schulen über Ziele und Entwicklung aus. Damit gelingt uns ein Blick über den Zaun, von dem beide Schulen profitieren.

Jetzt muss es darum gehen, die Lehrerinnen und Lehrer für den Einsatz an diesen Oberstufen fit zu machen; bis die neuen Lehrkräfte, die nach dem Lehrkräftebildungsgesetz ausgebildet wurden, an den Schulen eingesetzt werden, muss es ausreichende Fort- und

Weiterbildungsmöglichkeiten geben. Dieses Thema sollten wir bei der Beratung des Landeshaushaltes 2016 nicht aus den Augen verlieren.

ich danke Frau Ministerin Ernst für diesen ersten Bericht und schlage vor, dass das Schulministerium uns im Bildungsausschuss darüber auf dem Laufenden hält, wie es mit den Anmeldungen für die künftigen Oberstufen weitergeht.

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>